

# Nebrner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köpchen.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 2232

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr 150

Donnerstag, den 17. Dezember 1931.

44. Jahrgang

## Ausbau der Notverordnung.

Berlin, 16. Dezember.

Die beteiligten Reichsministerien sind zur Zeit in anstrengender Arbeit damit beschäftigt, die notwendigen Durchführungsbestimmungen für die vierte Notverordnung so schnell wie möglich fertigzustellen, um die notwendige Rechtsklarheit zu schaffen.

Bei diesen Beratungen hat sich aber schon gezeigt, daß es sich nicht nur um die Aufstellung von Formalien handelt, sondern den Durchführungsbestimmungen kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie haben im Ganzen die Aufgabe, die vierte Notverordnung organisch auszubauen.

Die Tatsache allein, daß die wichtigsten Entscheidungen innerhalb sehr kurzer Frist fallen mußten, zwingt dazu, den Durchführungsbestimmungen besonderes Gepräge zu geben. Das gilt u. a. für die Durchführungsbestimmungen zur Frage der Notverordnung selbst bestimmt ist, daß der Reichspräsident der Notverordnung selbst bestimmen ist, daß der Reichspräsident der Notverordnung selbst bestimmen ist, daß der Reichspräsident der Notverordnung selbst bestimmen ist.

Im Hinblick auf diese Bestimmungen wird u. a. erregt, ob es sich angeht, die schwereren Rechtsvorschriften empfiehlt, eine neue Ergänzungs-Notverordnung zu erlassen. Zu der Frage der Mietenentzug kommt noch hinzu, daß die Rechtsvorschriften in den einzelnen Ländern verschieden liegen und daß diese Zustände beseitigt werden müssen.

Eine Reihe von Schwierigkeiten werden sich auch nach aus den Bestimmungen über die Zinsentzug ergeben, und zwar aus dem Grunde, weil hier wirtschaftspolitischen Neuland betreten werden ist. Es wird zudem wahrscheinlich noch nötig sein, den letzten Bestimmungen in näher Zukunft weitere Bestimmungen anzuschließen, da die Bestimmungen der Notverordnung bei einer ganzen Anzahl von Punkten einwirken überhaupt nicht zu übersehen sind. Das Reichskabinett hat die großen wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Entscheidungen getroffen, um unabhängig von den Interessenten und Särdorganisationen die Maßnahmen zu treffen, die es für nötig gehalten hat.

Der außerordentliche Weg der Gesetzgebung hat es aber notwendig gemacht, daß namentlich die Reichsministerien auf die Erfahrungen der Wirtschaft angewiesen sind. Schon bei der Notverordnung über die Offiziale hat sich gezeigt, daß die Durchführungsbestimmungen Sicherungen für die Gläubiger enthalten mußten, die in der Notverordnung selbst nicht vorgesehen waren. In ähnlicher Weise wird auch der Ausbau der vierten Notverordnung erfolgen müssen.

## Die Mietenentzug.

Ueber die Neuregelung der Mieten nach der Notverordnung vom 8. Dezember sprach im Bundestag Oberregierungsrat Durrk. Nach einleitenden Worten über das Ziel der Notverordnung führte der Redner etwa folgendes aus: Die Grundlage für eine Mietenentzug ist geschaffen durch die Herabsetzung des Zinsfußes für Anwerfungen, und sonstige Hypotheken in Verbindung mit der Neuregelung der Hauszinssteuer.

Während liegen die Verhältnisse bei Alt- und Neubaurichtungen verschieden. In die Hauszinssteuer nur bei Mietwäuten erhoben wird. Die Hauszinssteuer ist abgemindert auf die Höhe des Zinsfußes der Aufwertungsypotheken. Nachdem namentlich der Zinsfuß der Aufwertungsypotheken statt auf 7,5 Prozent auf 6 Prozent vom 1. Januar 1932 an festgelegt wurde, konnte beim Mietraum eine gleichmäßige Senkung der Miete um 10 Prozent der Friedensmiete vorgeschrieben werden.

Grundsätzlich anders liegen die Dinge beim Neubaubau.

Eine Hauszinssteuer wurde beim Neubaubau nicht erhoben. Sie stehen dafür für eine Mietenentzug nur die Beträge zur Verfügung, die der Neubaubau durch die Zinsentzug erlöst. Diese Ertragsart ist aber im einzelnen Fall außerordentlich verschieden.

Daher mußte eine individuelle Lösung gefunden werden. Zweifellos wird dabei für die meisten Neubaurichtungen eine erhebliche Mietenentzug erfolgen können, die vielfach über die Mietenentzug bei den Neubaurichtungen hinausgehen wird. Andererseits sind leider auch Fälle nicht ausgeschlossen, in denen eine Mietenentzug überhaupt nicht stattfinden kann, weil alle Hypotheken zu einem besonders niedrigen Zinsfuß aufgenommen sind, oder weil die Hypotheken aus einer ausländischen Anleihe stammen, die der Zinsentzug nicht unterliegt. Einen Ausweg schafft bereits das außerordentliche Kündigungsrecht zum 1. April 1932.

## Preussischer Landtag.

Berlin, 16. Dezember.

Der Beginn der Tagesordnung fordert eine Reihe kommunistischer Abordneter die Uebernahme von Anträgen ihrer Fraktion, die u. a. die Aufhebung der letzten Reichsnotverordnung verlangen, an die zuständigen Ausschüsse. Der Landtag beschließt demgemäß.

Bei einigen weiteren Anträgen der Kommunisten wird die Ausschußübermittlung abgelehnt. Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein. Zur Erledigung steht zunächst die zweite Beratung des vom Beamtenauschuss im Einvernehmen mit der Staatsregierung ausgearbeiteten neuen Disziplinargesetzes für die nichtrichterlichen Beamten Preußens.

Das Gelehr geht auf Urträge der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zurück.

Der Gelehrntwurf wird nach kurzer Debatte in zweiter Lesung im wesentlichen nach den Ausschußbeschlüssen angenommen. Die dritte Lesung soll am Donnerstag stattfinden. Der Landtag befähigt dann eine Reihe von Ausschußbeschlüssen.

Die Geschäftsberichte der staatlichen Bergwerks-Gesellschaften werden durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Gegen 17.30 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr: Beratung des deutschnationalen Mißtrauensantrages gegen Finanzminister Klepper.

## Die Reichsbahnfinanzen . . .

. . . vor dem Kaiser Sonderauschuss.

Basel, 16. Dezember.

Die Vertreter der Reichsbahn und des Reichsverkehrsministeriums übergeben dem Ausschuss einen Bericht über den gesamten Haushalt der Reichsbahn, aus dem hervorgeht, wie sich ihre Lage infolge der Wirtschaftskrise und durch die Erhöhten Verpflichtungen ständig verschlechtert hat und welche einschneidenden Sparmaßnahmen ergriffen wurden, um den weitgehenden Verpflichtungen nachzukommen. Reichsbahndirektor Dr. Homberger gab dazu noch verschiedene Erläuterungen und Zusätze.

Im die einzelnen Angaben noch näher zu prüfen und damit die wichtigsten Kernpunkte feststellen kann, wurde weiter die ungeschäftliche Lage der Reichsbahn, aus dem hervorgeht, wie sich ihre Lage infolge der Wirtschaftskrise und durch die Erhöhten Verpflichtungen ständig verschlechtert hat und welche einschneidenden Sparmaßnahmen ergriffen wurden, um den weitgehenden Verpflichtungen nachzukommen. Reichsbahndirektor Dr. Homberger gab dazu noch verschiedene Erläuterungen und Zusätze.

Einem weiteren Untersuchung unter Vorhitz des holländers Gollin wurde die Aufgabe überwiegen, die Einzelheiten der deutschen Staatshaushaltsverwaltung, namentlich auch, was die nächstjährigen Voraussichten betrifft, zu überprüfen und damit die Möglichkeit zu unteruchen, ob auch hier durch weitere Sparmaßnahmen Tributzahlungen herausgewirtschaftet werden können. Auch dieser zweite Untersuchung nahm am Nachmittag seine Arbeiten auf.

Sämtliche Vertreter haben sich von der Unmöglichkeit überzeugen müssen, die deutschen Vermögens im Ausland und das deutsche Auslandkapital genau festzustellen. Außerdem wurde auch von französischer Seite angegeben, daß die Zinsentzüge hieraus bei den niedrigen Zinsfüßen, namentlich der in den neutralen Ländern, für die Feststellung der Einkommen aus diesen Guthaben ziemlich unbedeutend sind.

## Zur Nachahmung empfohlen!

Arbeitsdienst statt Bürgersteuer.

Karlsruhe, 16. Dezember.

Wie in früheren Zeiten in kleinen Gemeinden die Wegearbeiten im Frondienst ausgeübt wurden, um das Gemeindebudget nicht zu sehr zu belasten, so sollen jetzt auch die Wege in Filialbahnen, Einfahrten in Bahnen auf ähnliche Weise in Ordnung gebracht werden. Wie jungen Leute von 16 Jahren an werden zu diesen Arbeiten aufgerufen. Sie erhalten dafür pro Mann und Tag eine Mark, Fahrkarte drei Mark. Der Bürgerauschuss hat diesen weisen Beschluß gefaßt und das Bezirksamt hat ihn genehmigt.

Wer nicht mitmacht, zahlt pro Tag drei Mark und hat einen Vertreter zu stellen. Für hartnäckige Weigerung sind durch das Bezirksamt Strafen bis zu 50 RM vorgezogen. Auf diese Weise können im Laufe der Zeit alle Wege der Gemeinde billiger instandgesetzt werden. In dem Schweizer Bergkanton Uri hat heute noch üblich und was in der Schweiz schon recht ist, kann im armen Deutschland nur billig sein.

## Warnungszeichen.

Exportrückgang im November.

Berlin, 16. Dezember.

Im Monat November ist der deutsche Ausfuhrüberschuss von 383 Millionen RM im Oktober auf 256 Millionen RM gesunken. Unter Berücksichtigung der Tributpflichtleistungen übersteigt der Wert der Ausfuhr den der Einfuhr nur noch um 267 Millionen RM gegenüber 396 Millionen RM im Oktober.

Die Ausfuhr ist von 866 Millionen RM im Oktober auf 788 Millionen RM im November zurückgegangen. Das kommt, nach die Tributpflichtleistungen im Werte von 11 Millionen RM gegenüber 13 Millionen RM im Vormonat. Die Einfuhr hat sich wertmäßig mit 482 Millionen RM gegenüber 483 Millionen RM im Oktober ungefähr gehalten; mengenmäßig ist sie um 4 v. H. gestiegen.

Von dem Rückgang der Ausfuhr zehrt aber ein Drittel an jahreszeitliche Einflüsse zurückzuführen. In der zweiten Hälfte der Ausfuhrnahme sind zweifellos als die ersten

zusammensetzungen der Abfahrtsverweigerungen anzunehmen, die der Besondere Ansehens im Auslandem beruht werden. Insbesondere läßt sich der die Ausfuhr hemmende Einfluß der jahreszeitlichen Währungsunterwertungen bereits deutlich erkennen.

## Stürmische Kammerführung.

Die Angst um das französische Kapital.

Paris, 16. Dezember.

Das Abkommen zwischen der Regierung und der Bank von Frankreich, nach dem der Staat der Bank die durch den Pfundsturz erlittenen Verluste in Höhe von 2,4 Milliarden Franken erläßt, ist von der Kammer in einer sehr heftigen öffentlichen Verhandlung verabschiedet worden, nachdem das Kabinett die Vertrauensfrage gestellt hatte. Die Mehrheit des Kabinetts beträgt nur 33 Stimmen.

In der Aussprache forderte der ehemalige Landwirtschaftsminister Hennes, daß sich die Bank von Frankreich verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten ihre im Ausland investierten Kapitalien in französische Franken umzuwandeln. Die Bank von Frankreich verweigerte jedoch, nachdem der Dollar, denen es einmal ebenbürtig gehen könnte, wie dem englischen Pfund.

## Frankreich zahlt keine Kriegsschuldenrate.

Der amerikanische Regierung wurde durch eine französische Note mitgeteilt, daß Frankreich in Anbetracht des Hooververtrages die fälligen Kriegsschuldenbetrag in Höhe von 19.610.000 Dollar nicht überweilt.

## Hindenburg soll nach Amerika kommen.

Scharf Kritik an der Europapolitik Hoovers.

Washington, 16. Dezember.

Im Repräsentantenhaus wurde die von dem Abgeordneten Collins den Präsidenten Hoover auf, Reichspräsident von Hindenburg sofort zu einem Besuch in Washington einzuladen.

Deutschland ist bisher von den Vereinigten Staaten „unbeabsichtigt“ behandelt worden. Falls Hindenburg nicht in der Lage sei, die Einladung Folge zu leisten, sollte er einen Vertreter entsenden.

Scharf Kritik über Collins daran, daß Hoover in der deutschen Frage den französischen Standpunkt angenommen habe. Er wies darauf hin, daß Deutschland in der europäischen Politik die wichtigste Rolle spiele und der Mittelpunkt der Weltkritik sei.

Mit bitteren Worten wandte sich Collins dagegen, daß die Washingtoner Regierung den Deutschen nicht die gleiche Gelegenheit zur Darlegung ihres Standpunktes gegeben habe. „Warum hat Hoover den deutschen Standpunkt zurückgewiesen, warum hat er das Vorhandensein dieser edlen Nation, die 28 v. H. unserer Bevölkerung stellt, unbeachtet gelassen?“

## Erregung in der Weltwirtschaft.

Japans Abgehen vom Goldstandard.

Newport, 16. Dezember.

Das Abgehen Japans vom Goldstandard hat in Amerika starke Beunruhigung hervorgerufen. Der japanische Schritt wird als eine Anlehnung gegen die Deflationstendenzen angesehen, die sich aus der Aufrechterhaltung des Goldstandards unter den heutigen Verhältnissen ergebe. Man glaubt, daß Kanada das nächste Land sein wird, das den Goldstandard verlassen muß.

In Australien wird befürchtet, daß die Bedeutung Japans als Käufer von australischer Wolle zurückgehen werde. Die Baumwollspinner in Bombay sind über die Entscheidung Japans erregt und befürchten eine sehr unangenehme Rückwirkung auf ihre Industrie. Die indische Spinnvereinerung fordert die sofortige Erhebung von Anti-Dumpingzöllen.

Südamerika befürchtet einen Rückgang des Exportes von Wolle und anderen Rohmaterialien nach Japan. Infolge dessen macht sich auch dort ein verstärkter Einfluß für das Abgehen vom Goldstandard bemerkbar.

## Neue Kämpfe in der Mandchurie.

80 Chinesen gefallen.

Nach einer russischen Meldung aus Peking haben 87 Kilometer nördlich von Tschitar neue Kämpfe zwischen Truppen des Generals Ma und Japanern begonnen. Das Hauptquartier Ma's, Chotun, wurde von Flugzeugen bombardiert. Die Japaner warfen die Chinesen zurück und erbeuteten große Mengen von Waffen. Ueber 80 Chinesen sind gefallen.

## Große Studentenunruhen in Nanjing.

600 Studenten geben ihre Anwesenheit mit der Haltung der chinesischen Vertreter in den Verhandlungen über die mandchurische Frage dadurch Ausdruck, daß sie das Außenministerium stürmen und demolieren.

Sie wandten sich hierauf zum Sitz der Parteizentrale, wo sie die Fenster scheiben einschlugen. Die zum Schutze bereitgestellten Polizei wurde von ihnen entworfen. Danach zogen sie zu einem Angriff gegen den Präsidenten der Provinzialregierung von Kwantung, Lichenminghu, der

praxislich die Geschäfte zehnjährig führt, über und verlängert das Regierungsgebäude, in dem auch die Führer der Parteien versammelt sind.

### Joshiwaka soll Außenminister werden.

Der japanische Botschafter in Paris, Joshiwaka, der bei den letzten Botschafterverhandlungen die japanische Regierung vertrat, hat den Auftrag erhalten, nach Japan zurückzukehren, um das Außenministerium in neuem Kabinett zu übernehmen.

### Einigen Präsident von China.

Nanking, 16. Dezember. Die zuständigen Instanzen der Kuomintang haben den Rücktritt Chiangkai-sheks von allen Ämtern angenommen und den Präsidenten des gegenwärtigen Rates, Kuai, zum einstweiligen Präsidenten der Republik China ernannt.

## Deutsche Tageschau.

### Preussischer Verzicht auf die Schlachtfsteuer?

Berlin, 16. Dezember.

Anlässlich des Wiederzuzugens der Reichstagskammern erörtert der Reichstag die Frage der Einführung einer Schlachtfsteuer in Preußen. Wie verlautet, sind starke Bedenken gegen eine solche Steuer erhoben worden. Auch Reichsminister Dr. Goerdeler soll gewarnt haben. In parlamentarischen Kreisen beruht man daher die Schlachtfsteuer bereits als erledigt.

### Wirtschaftsausprache mit Frankreich.

Berlin, 16. Dezember.

Als erste Unterkommission der deutsch-französischen Wirtschaftskommission trat im Gebäude des Reichswirtschaftsrats der mit der Prüfung der Handelsbeziehungen und der privaten Industriebeziehungen beauftragte Ausschuss zusammen. Es wurden zwei Unterausschüsse eingesetzt. Reichsminister Dr. Brüning empfing die Delegierten nach der ersten Sitzung zu einer kurzen Begrüßung.

### Zugung der Zentrumsfraction.

Berlin, 16. Dezember.

Die Reichstagsfraction des Zentrums nahm Bericht des Reichstagslers Dr. Brüning und des Reichsrechtsministers Siegelmann entgegen. Nach der darüber veröffentlichten Mitteilung ergab die Aussprache, daß die Fraction geschlossen zur Politik des Kanzlers und der Regierung steht. Die Fraction erwartet von den kommenden internationalen Verhandlungen, daß sie durch Befreiung Deutschlands von untragbaren Lasten die Grundlage zur Lösung der internationalen Finanz- und Wirtschaftslage schaffen.

### Der Verlauf einer preussischen Notverordnung.

Wie verlautet, plant die preussische Regierung, die Grundlagen für die parlamentarische Behandlung des Etats durch Notverordnung zu schaffen. Voraussichtlich wird die Notverordnung die Aufhebung von etwa 50 Bandstreifen anordnen und die Fragen der Gehaltssteigerung des Abminers der Hauszinssteuer und der Ausgabenteilung in den verschiedenen Reichsteilen regeln. Ein endgültiger Beschluß des Staatsministeriums liegt jedoch noch nicht vor.

### Die Tarifermäßigungen der Reichsbahn.

Die Tarifermäßigungen der Reichsbahn sollen heute bekanntgegeben werden. Die Ermäßigungen betragen 12 Prozent und bei den Gütern für Privatgüterfahrpläne 10 Prozent, während sie bei der Wagengütertarife zwischen 5 und 26,3 Prozent schwanken. Auch der Erpreßgütertarif wird, obwohl das in der Notverordnung nicht vorgegeben ist, um 15 Prozent gesenkt.

### Hochschulfeier in Braunschweig.

An der Technischen Hochschule Braunschweig ist die Studentenchaft in einen Streit geraten, der für die Dauer von zwei Tagen geplant ist. Als Grund wird von der Studentenchaft angegeben, daß — nach Meinung der Studenten — beleidigende Ausäußerungen eines bulgarischen Hochschulangehörigen von der adäquaten Behörde nicht genügend geahndet worden sein sollen.

## Auslands-Rundschau.

### Die Regierungstrife in Spanien.

Da die spanischen Radikalrepublikaner unter Führung des Außenministers Lerroux es abgelehnt haben, sich an der von Primo vorgeschlagenen Regierung zu beteiligen, hat dieser seinen Auftrag zurückgegeben. Man nimmt jedoch an, daß er vom Staatspräsidenten erneut betraut werden und dann ein reines Einheitskabinett bilden wird.

### Wortleie Gandhis nach Indien.

Gandhi trat ein und schloß sich sofort ein, um die Heimreise anzutreten. Vor seiner Wortleie gab er dem Vertreter des „Hornes of Africa“ ein Interview, in dem er u. a. ausführte, daß die Rundfunk-Konferenz den endgültigen Bruch zwischen der indischen Nation und der englischen Regierung befestigt habe. Er erklärte ferner, er kehre nach Indien zurück, um den Kampf gegen England wie früher wieder aufzunehmen.

### Kleine politische Meldungen.

Rundfunkkommission des Reichspräsidenten. Reichspräsident von Hindenburg wird voraussichtlich am Ende des Jahres eine Rundfunkkommission an das Reichstag einberufen.

Eine ideale Gemeinde. Die Steuerfrage der Gemeinde Jägerhof bei Merseburg zahlte aus dem Einnahmen der Gemeinde aus Holzgeräten im Jahre 1931 20 Mark an jedes Haus aus.

Ein Beschluß des Westmännervereins. Auf einer Tagung des westmännischen Westmännervereins wurde von der Regierung gefordert, daß in den Schulen der Unterricht über Offensiven und die politischen Grenzgebiete im Westen in weitestgehendem Maße berücksichtigt werde.

Schwere Zusammenstöße in einer portugiesischen Stadt. In der Stadt Coora kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Widerstandskämpfern. Drei Personen wurden getötet und mehrere verletzt.

Colobador soll an Kanada verkauft werden. Die Regierung von Newfoundland hat der kanadischen Regierung offiziell mitgeteilt, sie ist bereit, das Rebendland Colobador für 100 Millionen Dollar an Kanada zu verkaufen.

## Aus der Umgegend

Bebra, 16. Dezember.

— Weihnachtsfeier der Schule. Am nächsten Sonntag tritt die hiesige Schule wieder mit einer Weihnachtsaufführung an die Öffentlichkeit. Die Veranstaltungen der Schule werden bei der Elternschaft immer das größte Interesse und sind darum auch stets gut besucht. Gesellige, feierliche Stunden „hasten“ schon wochenlang vorher alles Notwendige, soll auch auf der Reinertung der Winterfelle zur Beschaffung von

Lehr- und Lernmitteln für Kinder erwerbsloser Eltern übergeben werden. Der tiefere Sinn dieser Veranstaltung liegt aber vor allem auch darin, Schule und Elternschaft näher zu bringen, einen weiten Schritt zu gehen zu einer gemeinsamen, vom gegenseitigen Vertrauen und Verstehen getragenen Bildungs- und Erziehungsarbeit am Kinde. Der Vorbericht der Blätter beginnt am Donnerstag in der Buchhandlung von Herrn Scharf. Den erwerbslosen Eltern der Schulfinder werden wieder Freizeiten ausgedacht werden.

### Nebra als Ausstellungsort.

Die Übernahme einer Kreisverbands-Ausstellung ist für einen Verein in einer Kleinstadt keine so einfache Sache, es gibt da manchmal sehr harte Kämpfe zu machen, und vollends fehlte es meistens an den richtigen Männern, die das heisse Eisen zu schmelzen verstanden. Schließlich ist nicht vergessen die Wirtschaftslage und der noch kümmerliche Bestimmungszweck der Gesamtheit des Volkes jetzt befangen hält. Gemäß dem der Vorliegende des hiesigen Geflügel- und Kleintierzuchtvereins

sein Jawort zur Übernahme zunächst bereit haben, als er vor sein Mitgliederparlament treten und seine Pläne entwickeln mußte, denn eine ungeheure Aufgabe rührte mancher auf seinen Schultern, aber er hat, den Vordenk geschmissen, wie man so sagt, und heute, wo alles geklappt hat, alles wie am Schnürchen gegangen ist, da darf man den Gut vor diesem Mann der Zeit abnehmen. Zahlreiche Hindernisse galt es zu überwinden und für die Erzielung aller Vorbereitungen viel Zeit zu opfern. Das alles ist von den Vätern, die in der Auswahlskommission zusammenwirkten, gern und mäßig geleistet worden, ihnen gebührt hierfür der Dank nicht nur des Vereins, sondern der gesamten Bürgerchaft. Nachdem noch im Laufe des Sonnabendvormittags einzelne Ausstellungsobjekte eingegangen waren, stand zur festgelegten Zeit — Sonnabend mittag — die Ausstellung zur Eröffnung fertig da. Eröffneten zu diesem festlichen Anlaß waren die Herren vom Ehrenauschuß und zahlreiche Aussteller und Bürger der Stadt. Herr Beigeordneter Tierarzt H. Senfel hatte freundlicherweise die ihm angetragene Ehrenleitung der Ausstellung übernommen und er eröffnete kurz nach 12 Uhr die Ausstellung mit einer Ansprache, in der er immer mehr an wirtschaftlicher Bedeutung zunehmenden Geflügel- und Kleintierzucht das Wort rebete und den Wunsch aussprach, daß die nunmehr fertig lebende Ausstellung auch in unserer Stadt eine weitere Anregung zur Geflügel- und Kleintierhaltung vermitteln möge. Als die Ansprache schon sich ein Rundgang durch die Ausstellung und hierbei wurden die ausgestellten Tiere und Tierchen schon allgemein bewundert. Da saßen die bis zu 20 Pfund schweren Gänse in ihren Käfigen, prächtige Hühner ließen ihre Stimme ertönen, wie Hahn so große Karmelkinder langgestreckt auf ihrem sauberen Lager, kleinere, niedliche Tierchen waren emsig mit Toilettearbeiten beschäftigt, Tauben spazierten in ihrem Gefängnis hin und her — kurz überall gab es für den Tierfreund etwas zu sehen und zu bewundern. — Nun war der Sonntagabend ein Kommen und Gehen, einer sagte es dem andern, daß diesmal etwas Gutes zu sehen sei. Auch die Jugend nahm an der Besichtigung unter Leitung der Herren Lehrer Watzel, und man konnte beobachten, daß gerade die Kinder

große Interesse an der Ausstellung hatten. Die Ausstellung brachte alsdann einen launig gezeichneten Jubelzug zur Ausstellung und angelehnt des Erfolges folgten sich auch die Gesichter der für das Unternehmen verantwortlichen Männer noch mehr auf. Besuch wurde außer den Kindern Männer

Verlangung höchsten höchsten Auszeichnungen für die besten Tiere wurden vergeben: Der Staatspreis an Jul. Wägenberg-Domborf, der Kammerpreis an Ernst Grabow-Nebr, das Kammer-Diplom an Wich. Wägenberg-Spienberg, der Bundes-Ehrenpreis an Jul. Wägenberg-Domborf, die Verbands-Medaille an Frh. Eckardt-Naumburg, für Rannichen erhielten das Kammer-Diplom Paul Raifer-Naumburg, die Verbands-Medaille Richard Häfner-Puntewitz und Franz Zimmermann-Naumburg. Im ganzen konnten 55 Ehrenpreise, ferner eine größere Anzahl 1., 2. und 3. Preise in Geldbeträgen verteilt werden. — Am Sonntagvormittag fand auch eine Kreisverbands-Sitzung statt, in welcher die Ausstellung besprochen wurde. Allgemein wurde der Ausstellungserfolg höchste Befriedigung über das Arrangement ausgesprochen. Des weiteren wurde in der Sitzung angeregt, alle Geflügel- und Kleintierzuchtvereine im Unfrutal zu einem Verband zusammenzuführen, um die weiteren Ausstellungen von vornherein besser führen zu können.

— Jahresrapportversammlung des Lehrerevereins Krosleben-Wiehe. Am 9. d. Mts. hielt der Lehrereverein Krosleben-Wiehe im Rummersheim-Gasthaus zu Wiehe seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Lehrer Albrecht-Krosleben, führte in seinem Jahresberichte aus, daß das schicksalsschwere, trübe Jahr 1931 für den Lehrereverein eines der lebhaftesten und arbeitsreichsten Jahre gewesen sei. Es fanden 12 Zusammenkünfte der Vereinsmitglieder statt, es fanden 12 bei der Gelligkeit, die übrigen sehr aber erfinder Arbeit dienten. Fremde und dem Verein angehörende Helfer stellten sich mit Vorträgen, deren Themen allgemeinerbildender Art, pädagogischen Charakters und schulpolitischen Inhalts waren, in den Dienst des Vereins. Außerdem wurden verschiedene schulpolitische Berichte erstattet. Ferner beschäftigten die Vereinsmitglieder die Klosterfalle Krosleben und wohnten schließlich noch einer Unterrichtsstunde des Mittelschullehrers Gerth aus Jachna bei. Die Mitglieder zeigten großes Interesse am Vereinsleben, was auch der gute Verlauf der Versammlungen bewies. Mit einem Teugelobnis zum Lehrereverein der Provinz Sachsen beendete der Vorsitzende seinen Jahresbericht. Nach der Verlesung des Schatzmeisters und der Ordner der Rummersheim-Gasthaus und des Brand- und Einbruchdiebstahlsorgans gab der Schulpolitische Bericht-ersteller einen Rückblick über die schulpolitischen Ereignisse des Jahres. Er wies insbesondere nach, welchen unheilvollen Einfluß der großräumige Arbeitsverlust auf die Schule und die Jungelernschaft ausgeübt hat, warnte die Mitglieder vor den Gefahren, die der Schule von einem neuen Schulbesuchungsbericht drohen und forderte schließlich die Jungelern zu Protestaktionen gegen die brutalen Sparmaßnahmen auf. Am Schluß der arbeitsreichen Versammlung wurde noch der Arbeitsplan für das Jahr 1932 aufgestellt.

— Kostenloser Zucker für die notleidende Bevölkerung. Die deutsche Zuckerindustrie hat trotz der schwe-

ren Krise, die auf der rübenbauenden Landwirtschaft und der gesamten Zuckerwirtschaft lastet, eine gemeinsame Aktion durchgeführt, um die Lage der notleidenden Bevölkerung durch Versorgung mit Zucker zu bessern. Die Durchführung dieser Gesamttatigkeit ist erfolgt, gleichwohl ist örtliche Wohlfahrtsorganisationen gemacht worden sind. Durch die große gemeinsame Sammlung der Zuckerindustrie konnten der „Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege“ bis jetzt ca. 8000 Zentner Verbrauchs-Zucker als Geschenk zur Verfügung gestellt werden. Dieser Zucker gehören Wohlfahrtsvereinigungen aller Art, konfessionelle und internationale, an, jedoch die Spende den weltlichen Vereinen der Bedürftigen auskommen wird. Die Liga hat inzwischen die Verteilung nach einem bestimmten Schlußel auf die ihr angeschlossen Organisationen eingeleitet, jedoch noch vor Weihnachten der Zucker der notleidenden Bevölkerung zugute kommen wird.

— Preisentwurf im Buchhandel. Bei der Postamt des Börsenvereins der deutschen Buchhändler beauftragt, sollen im Zusammenhang mit der neuen Notverordnung die Preise der vor dem 1. Juli 1931 in Deutschland erschienenen Bücher bis zum 1. Januar 1932 um mindestens zehn Prozent gesenkt werden, soweit nicht jetzt schon von Seiten des Verlages eine Preisreduzierung vorgenommen wird oder bereits vorgenommen ist. Die Bücher der neuesten Produktion, d. h. alle Werke, die nach dem 30. Juli 1931 erschienen sind, werden von der Preisentwurf nicht betroffen. Der Börsenverein erklärt dazu: Die Lebenspreise dieser Werke, zu denen ein wesentlicher Teil der Weihnachtsproduktion gehört, bleiben unverändert, sie sind ohnehin schon wesentlich billiger als etwa die Weihnachtsneuerungen des Vorjahres. In manchen Fällen wird natürlich selbst bei älteren Werken oder bei ganzen Gruppen die Preisentwurf wieder möglich nach nötig sein, da die Preise hier vielfach noch den Vorkriegspreisen entsprechen.

— Sprachatze für die Siedlungsinteressenten jetzt im Kreis Eckardtberg. Von der Landwirtschaftskammer, Provinzialverwaltung, Landeskulturbehörde und der Kreisstelle für Siedlungsberatung ist eine Siedlerberatungsstelle für die Provinz Sachsen und Anhalt mit dem Sitz in Halle eingerichtet worden. Ihre Aufgabe ist die Auffklärung und Beratung unserer ländlichen Bevölkerung bei der Übernahme einer landwirtschaftlichen Siedlerstelle. Sie sucht geeignete Siedlungsgebiete aus, die dann geschlossen mit sächsischen Siedlern besetzt werden.isher sind etwa 150 Familien untergeleitet worden. Anwohner wohnen in mehreren Dörfern in der Uckermark, 10 Familien bei Pignitz in Nieder-Sachsen, die übrigen in Mecklenburg. Auch aus Kreis Eckardtberg sind schon mehrere Landwirte untergeleitet worden. Sie kommen zu Hause ihre Säuler und wenige Morgen Land nach gut verkaufen und haben Siedlerstellen in Größe von 40—60 Morgen in der Uckermark übernommen. Am Sonntag, dem 13. d. Mts., hielt der Leiter der Siedlungsberatungsstelle einen Sprachatze in Kolleba im „Stot zur Post“ ab, der sehr gut besucht war.

Artern. (Schulobstschicht) Vor dem Hause der Firma G. A. Rauch, hierseitig, wurde am Sonntagabend, dem 12. d. Mts., gegen 16 Uhr ein dort lebendes Geranienfabrikant, Marke „Kontadin“, überfallen. Nachdem von einem bisher unbekanntem Täter gefesselt. Über irgendwelche Angaben über den Täter machen kann, wollte es der hiesigen Polizei mitteilen. Von dem Geiseldingten sind 10 — RM. Belohnung zugesichert.

Saubad (Kr. Eckardtberg). Das Dienstmädchen eines Landwirts stellte eine geflochtene Bierflasche auf den freitragigen Ofen. Plötzlich explodierte die Flasche unter heftiger Detonation und zerschellte in Scherben. Zum Glück wurde das Mädchen nicht verletzt, da es sich nicht im Augenblick der Explosion im Raum befand.

Leuch. Der letzte Jahresmarkt war wieder gut besucht. Der Verkauf fanden insgesamt 62 Tiere. Das Geschäft entwickelte sich recht lebhaft, doch der größte Teil der Ware abgesetzt werden konnte. Die Preise bewegten sich zwischen 16 und 24 RM. pro Paar je nach Qualität und Größe.

Naumburg. Vor dem Naumburger Schöffengericht kam eine Eisenbahntransportverletzung zur Sprache. Die Angestellten, zwei Arbeiter aus Schillingsthal und Wendefleben, hatten am 4. November d. Js. auf die Eisenbahnstationen Sprengplätzen, wie sie zu Signalzwecken benutzt werden, aufgestellt und durch den Knall einen Zug zum Stehen gebracht. Die Angestellten waren gefänglich und kamen auch zu die Sprengkörper aus der Stoffstelle bei Wendefleben entwendet zu haben. Die Verhandlung wurde vertagt, da noch ein Eisenbahnbediensteter vernommen werden soll.

Naumburg. Die beträchtliche Follerhebung Englands auf die hauptsächlichsten Einfuhrwaren hat der Naumburger Kammer-Heimindustrie, die 80 Prozent ihrer Produktion nach England exportierte, ein Ende gemacht. Die Scherzartikel aus buntem Papier wurden in zahlreichen Arbeiterfamilien und im Winter auch in den Säulern kleiner Handweberei angefertigt. Mit dem Sturz des Wertes hat die arbeitstreibende Firma jedoch ihren Betrieb schließen müssen, hunderte von Heimarbeitern sind dadurch um ihren Erwerb gekommen. Die Papierindustrie beschäftigt auch die Anwohner der mitteldeutschen Straßentalen mit Kleben von Kammerfäden, insbesondere mit den Papierreifen zu Korbselzen. Das liegt nun alles darüber.

Weißfels. Ein Unbekannter verjuchte abends einer Frau die Halskette abzurufen. Als die Frau um Hilfe rief, machte er sich aus dem Saale. Er konnte bisher nicht ermittelt werden.

Frankfurt bei Mücheln. Vier Personen verübten nachts Jahresrapportversammlung ab, an der die Vertreter der dem Sängergau Halle angeschlossenen Vereine teilnahmen. Der Gau zählte am Schluß des Berichtsjahres 39 Vereine mit über 1700 Sängern. Veranstaltungen im kommenden Jahre sind vom Gauvorstand infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht geplant, jedoch soll der Deutsche Liedertag in



**Wirtschaftlicher Wochenbericht**

Mittgeteilt durch die Mitteldeutsche Landesbank, Magdeburg durch die Stadtbaukassa Webra a. U. u. s. w.

Nach dem Reichsbankausweis vom 7. Dezember 1931 hat sich die gelamte Kapitalanlage der Bank um 116,6 Mill. RM. auf 4197,6 Mill. RM. verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten sonst gleichzeitig um 49 Mill. RM. auf 4197,6 Mill. RM. verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten sonst gleichzeitig um 49 Mill. RM. auf 4591,6 Mill. RM. Die Deckung der Noten durch Gold und bedingungslose Devisen betrug 25,6 Proz. gegen 25,3 Proz. im Vorwoche.

Die auf eine Entspannung der allgemeinen Wirtschaftslage abzielenden Bestrebungen sind in der Berichtswoche durch zwei hochbedeutende Ereignisse erneut zu Tage getreten. Während am 7. Dezember d. Js. in Basel bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Verhandlungen des Internationalen Sonderausschusses begannen, der nach Maßgabe des Youngplans die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nachprüfen soll, wurde am folgenden Tage die 4. Rotterdamer des Reichspräsidenten veröffentlicht, die für alle Bevölkerungskreise und Wirtschaftsklassen von tiefgreifender Bedeutung ist. Zum Ausgleich der vorgelegenen Löhne und Gehaltsföhrungen sind umfassende Zins-, Preis- und Mietserleichterungen vorgeschrieben. Die Reichsbank hat bereits mit der Herabsetzung des Diskontsatzes von 8 auf 7 Proz. und des Lombardzinses von 10 auf 8 Proz. den Anfang gemacht. Da die anderen Geld- und Kreditinstitute folgen werden, so wird die Preisentlastungsaktion schon von der Zinsseite her einen wichtigen Antrieb erhalten. Auch die Reichsbahn hat

bereits eine starke Senkung ihrer Frachttarife beschlossen. Gegenüber den Regelfrachttarifen von Oktober 1931 werden die demnächst geltenden Frachttarife durchschnittlich um etwa 20 Proz. niedriger liegen. — Die Bautätigkeit ist in der Berichtswoche, soweit sie nicht schon vorher zum Stillstand gekommen war, noch weiter zurückgegangen. — Der Ruhrkohlenabbau hat sich im November gegenüber dem Vormonat nur wenig verändert; er stellte sich auf etwa 191 000 T. arbeitsfähig gegen 187 000 T. im Oktober. — Am Eisenmarkt wird nach wie vor schärfste Zurückhaltung geübt. Der inländische Bedarf ist auf etwa 25 Proz. der Produktionsmöglichkeit zurückgegangen. — Am Ledermarkt waren die Umsätze in der Berichtswoche nicht größer als in der vorigen. Auch die Schuhindustrie hat weiter über mangelnden Absatz zu klagen, jedoch die vorübergehende Schließung einer Reihe von Schuhfabriken zu befürchten ist. — Am Kalimarkt bestritten die Abwinder der zum Kalihydrolyat gebörenden Werte im November d. Js. ca. 385 200 D. Reinfall gegen ca. 548 700 D. in der gleichen Vorjahreszeit. — In der Landwirtschaft wird im allgemeinen der Stand der Winterjahren als befriedigend angesehen. Durch das vorherrschend milde und offene Wetter im November sind die Feldarbeiten sehr gefördert worden, jedoch die Bestellung des Wintergetreides fällt überall demnächst werden konnte. — Das Geschäft am „Aupferen Sonntag“ war zwar nicht so groß wie im Vorjahr, es wurde aber angelehnt der gegenwärtigen Wirtschaftslage im allgemeinen als befriedigend, teilweise sogar als gut bezeichnet.

Nach dem neuesten Bericht des Statistischen Landesamts in Weimar war in der thüringischen Fertigwarenindustrie

im Oktober d. Js. eine stärkere Zusammendrängung der Geschäftstätigkeit zu verzeichnen, als dies sonst der Fall zu sein pflegt. Das liegt aber nicht etwa an einer allgemeinen Verlebung der Wirtschaftstätigkeit in Thüringen, sondern vornehmlich an der durch die Arlie vergrößerten Abwärtigung früherer Aufträge. — Trotz dieser vorübergehenden Verlebung war die Arbeitslosigkeit in Thüringen Ende Oktober etwas viermal so groß als im Oktober 1928. — Das Weihnachtsgeschäft in den thüringischen Spezialindustrien kommt in diesem Jahre von einigen Branchen abgesehen — nur schleppend in Gang. Ein Vergleich zum Vorjahre ist daher noch nicht möglich.

Der auf den Stichtag des 2. Dezember 1931 berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts beträgt 105,7 gegen 106,2 am 25. November d. Js., der Index betrug im Monatsdurchschnitt November 106,6 gegenüber 107,1 im Vormonat. — Die Reichsbankziffer für die gelamten Lebenshaltungskosten einfl. Wohnung ist nach Berechnungen des Statistischen Reichsamts, denen die Erhebungen in 72 Gemeinden zugrundegelegt worden sind, seit November 1929 um 13,7 Proz. gefallen.

Die erwartete jahreszeitliche Verschlechterung am Arbeitsmarkt hat sich auch in der zweiten Novemberhälfte fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen nahm nach den vorläufigen Berechnungen in der Zeit vom 16. bis 30. November 1931 um rund 214 000 zu und betrug am 30. November 1931 etwa 5 057 000.

Die Wertpapierbörsen blieben auch in der Berichtswoche geschlossen.

**Günstige Gelegenheit für Weihnachts-Einkäufe**

Der Zeit und der heutigen Geldknappheit entsprechend, habe ich mich entschlossen, trotz meiner wiederholt ermäßigten Preise sämtliche Lagerware in Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung sowie Kleiderstoffe, Bettzeuge, Inletts, Schürzenstoffe, Hemdenstoffe, Gardinen, Wollsachen usw. ab heute nochmals um 10 Prozent herabzusetzen!

**Hermann Land Nachflg. Jnh.: Karl Misch Kobleben**  
Manufaktur-, Konfektion und Modewaren

**Öffentliche Steuermahnung.**

Die am 15. ds. Mts. für den Monat Dezember d. J. fällig gewordenen Steuern und zwar: Grundvermögens-, Hauszinssteuer und Gemeindefürschlag zur Grundvermögenssteuer, sind nunmehr binnen drei Tagen an die Stadtkassenkasse zu entrichten. Eine Behändigung von Mahngzetteln findet nicht statt. Bei Nichtzahlung wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden. Webra a. U., den 16. Dezember 1931.

Die Stadtkassenkasse.  
Der Magistrat.

Wird veröffentlicht.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehle:

**Gämtliche Backwaren**

in nur guten Qualitäten

Div. Spirituosen, Liköre, Rum, Weinbrand, Arrak, Alter Korn in Flaschen und vom Faß.

**Obst- und Gemüse-Konserven**

zu billigen Preisen.

Ww. Meitz, Webra

**Die Preisermäßigung für Miele-Erzeugnisse**

ist noch rechtzeitig vor Weihnachten durchgeführt worden.

Lassen Sie sich in den Fachgeschäften die neuen günstigen Preise nennen und die neuesten Modelle zeigen.

Auf Wunsch Zahlungsverleichterung.



Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.  
Über 2000 Werksangehörige.

Geben Sie Ihre Weihnachtsinzerate für die nächste Ausgabe nach Möglichkeit schon heute (Donnerstag) auf!

**Achtung! Zum Weihnachtseinkauf! Achtung!**

**Oefen und Herde**

„Oranier“, „Germanen“, Oefen und alle anderen Fabrikate „Mabag“-Heißluft-Herde

**Werkzeuge aller Art**

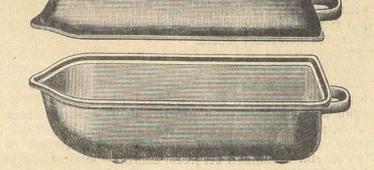
Kinderwerkzeuge: Laubsäge-Kartons und Werkzeugkäffen

**Haus- und Küchengeräte**

Emaillewaren in großer Auswahl Spezialität: Feuerfeste Emaille

Stahlblech-Kochgeschirre „Braun-Braun“, extra schwer

Man muß, wenn ich soll wohl geraten, mich in dieser Pfanne braten!



Sophschöner „Kino“ (D. N. G. M. - D. N. P. angemeldet) nicht verzelebend. — Brenntoffverparnis bis 60%.

„Herz“-Spar-, Heiz- und Spinnelkochplatte D. N. G. M. und D. N. P. a. (Ausl.-Patent) — Brenntoffverparnis bis 70%.

**Fr. Eberling, Eisenwaren, Webra a. U.**

Am Markt  
Oh vom Lande, aus der Stadt, Aus Bernschöbn, vom tiefen Tal; Wer einmal nur gekauft hier hat — Rantz sicher auch das nächste Mal!

**Druckfachen aller Art**

fertigt an in feinerer, moderner Ausführung und liefert prompt, billig und gut  
Buchdruckerei Wihl, Sauer, Kobleben.

**F. Poppe**

Rechtsabhand Webe — Zugelassen bei den Antergerichten Webra und Wehe. — Vertrete Prozesse und beforge alle gerichtlichen Angelegenheiten. Halle im Webrer Weg-Webra-Straße 10.

**Preisstat-tabellen**

Wihl, Sauer, Kobleben



**Sezinger kofiet nur 1 Pfennig**

bei 20 Grad Wärme eine Stunde Feuerzeit, für 80 cbm Raum um 18 Grad molle Wärme, Zug und Wind. Ist festestmichsten Urteilen u. Wertungen, von keinem anderen System zu überbieten. Gleichseitig eine Herde für jedes Paar, Kulanterre Schöpfung und Beherrschung.  
Sezingerwerke  
Grimmischau i. Sa.  
Telephon 2039  
Oepr. 1890

Wihl, Sauer, Kobleben

**Westermanns Monatshefte**

werden immer schöner

so lautet das einstimmige Urteil der großen Lesergemeinde. Gerade jetzt sollte diese Zeitschrift in keinem Hause fehlen, kann für doch Erfan für so manchen Einbildung, die man sich auferlegen muß, sein und die schönsten und reichsten Stunden verschaffen. Verlangen Sie heute noch vom Verlag ein über 100 Seiten starkes Probeheft mit vielen meist bunten Bildern.

Westermanns Monatshefte liegen fast in jedem Hotel und jedem Cafe aus Verleber in allen Orten Deutschlands und im übrigen Lande

**Gutscheine**

An den Verlag Georg Westermann in Braunschweig Bitte senden Sie mir unverbindlich und kostenlos eine Probeummer von Westermanns Monatsheften mit 100 Seiten Text, 60-70 ein- und kunstfarbigen Bildern und etwa 6 Kunstbeilagen, 30 Pf. für Porto (auch Auslandseparaten) füge ich bei.

Orts, Datum: \_\_\_\_\_  
Name: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_

**Stoffmal farben**

in Geschenk Kästen und lose zum Auffüllen vorhandener Kästen  
Stoffmalstifte, Struemataterialien, Abplättmuster, Schablonen, Vorlagenhefte usw. — Preisverzeichnisse und Anleitung zur Stoffmalerei werden gratis abgegeben

Besichtigen Sie meine Schaufenster in der Breiten Straße.

**Walter Scharf.**

# Rebrrer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Rebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köpelen.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpelen.  
Geschäftsstelle in Rebra: Frau Karoline Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köpelen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtparkasse Rebra — Bankverein Arttern.

Nr 150

Donnerstag, den 17. Dezember 1931.

44. Jahrgang

## Ausbau der Notverordnung.

Berlin, 16. Dezember.

Die beteiligten Reichsministerien sind zur Zeit in anstrengender Arbeit damit beschäftigt, die notwendigen Durchführungsbestimmungen für die Vierte Notverordnung so schnell wie möglich fertigzustellen, um die notwendige Rechtsklarheit zu schaffen.

Bei diesen Beratungen hat sich aber schon gezeigt, daß es sich nicht nur um die Aufstellung von Formalien handelt, sondern den Durchführungsbestimmungen kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie haben im Ganzen die Aufgabe, die Vierte Notverordnung organisch auszubauen.

Die Aufgabe allein, daß die wichtigsten Entscheidungen innerhalb sehr kurzer Frist fallen müßten, zwingt dazu, den Durchführungsbestimmungen besonderes Gepräge zu geben. Das gilt u. a. für die Durchführungsbestimmungen zur Frage der Mietentfaltung. Es ist bemerkenswert, daß darüber in der Notverordnung selbst bestimmt ist, daß der Reichsregierungsminister und der Reichsjustizminister zur Durchführung und Ergänzung des Kapitels über die Mietentfaltung Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsanordnungen erlassen sollen; dabei können die Ministerien für Fälle bestimmter Art Ausnahmen von den Vorschriften über die Mietentfaltung zulassen.

Im Hinblick auf diese Bestimmungen wird u. a. erregt, ob es sich angesichts der schwierigen Rechtsverhältnisse empfiehlt, eine neue Ergänzungs-Notverordnung zu erlassen. Zu der Frage der Mietentfaltung kommt noch hinzu, daß die Rechtsverhältnisse in den einzelnen Ländern verschieden liegen und daß diese Zustände beseitigt werden müssen.

Eine Reihe von Schwierigkeiten werden sich auch nach aus den Bestimmungen über die Zinsentfaltung ergeben, und zwar aus dem Grunde, weil hier wirtschaftspolitische Neuland betreten werden ist. Es wird zudem wahrscheinlich noch nötig sein, den letzten Bestimmungen in naher Zukunft weitere Bestimmungen anzuschließen, da die Ausrichtungen der Notverordnung bei einer ganzen Anzahl von Punkten einwirken überhaupt noch nicht zu übersehen sind. Das Reichsministerium hat die großen wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Entscheidungen getroffen, um unabhängig von den Interessenten und Sadorganisationen die Maßnahmen zu treffen, die es für nötig gehalten hat.

Der außerordentliche Weg der Gesetzgebung hat es aber notwendig gemacht, daß namentlich die Reichsministerien auf die Erfahrungen der Wirtschaft angewiesen sind. Schon bei der Notverordnung über die Offiziale hat sich gezeigt, daß die Durchführungsbestimmungen Sicherungen für die Gläubiger enthalten mußten, die in der Notverordnung selbst nicht vorgesehen waren. In ähnlicher Weise wird auch der Ausbau der Vierten Notverordnung erfolgen müssen.

## Die Mietentfaltung.

Ueber die Neuregelung der Mieten nach der Notverordnung vom 8. Dezember sprach im Bundestag der Regierungsrat Durrf. Nach einleitenden Worten über das Ziel der Notverordnung führte der Redner etwa folgendes aus: Die Grundlage für eine Mietentfaltung ist geschaffen durch die Herabsetzung des Zinsfußes für Aufwertungs- und sonstige Hypotheken in Verbindung mit der Neuregelung der Hauszinssteuer.

Während liegen die Verhältnisse bei Alt- und Neubaurichtungen verschieden, da die Hauszinssteuer nur bei Altwäuten erhoben wird. Die Hauszinssteuer ist abgeändert auf die Höhe des Zinsfußes der Aufwertungs Hypotheken. Nachdem nunmehr der Zinsfuß der Aufwertungs Hypotheken statt auf 7,5 Prozent auf 6 Prozent vom 1. Januar 1932 an festgesetzt wurde, konnte beim Altwohnraum eine gleichmäßige Senkung der Miete um 10 Prozent der Friedensmiete vorgeschrieben werden.

Grundsätzlich anders liegen die Dinge beim Neuhausebau.

Eine Hauszinssteuer wurde beim Neuhausebau nicht erhoben. Sie liegen dafür für eine Mietentfaltung nur die Beträge zur Verfügung, die der Neuhausebau durch die Zinsentfaltung erlangt. Diese Erparnis ist aber im einzelnen Fall außerordentlich verschieden.

Daher mußte eine individuelle Lösung gefunden werden. Zweifelslos wird dabei für die meisten Neubauwohnungen eine erhebliche Mietentfaltung erfolgen können, die vielfach über die Mietentfaltung bei den Altwohnungen hinausgehen wird. Andererseits sind leider auch Fälle nicht ausgeschlossen, in denen eine Mietentfaltung überhaupt nicht stattfinden kann, weil alle Hypotheken zu einem besonders niedrigen Zinsfuß aufgenommen sind, oder weil die Hypotheken aus einer ausländischen Anleihe stammen, die der Zinsherabsetzung nicht unterliegt. Einem Ausweg schafft bereits das außerordentliche Kündigungsrecht zum 1. April 1932.

## Preussischer Landtag.

Berlin, 16. Dezember.

Vor Beginn der Tagesordnung fordert eine Reihe kommunizierender Abgeordneter die Weitervermittlung von Anträgen ihrer Fraktion, die u. a. die Aufhebung der letzten Reichsnotverordnung verlangen, an die zuständigen Ausschüsse. Der Landtag beschließt demgemäß.

Bei einigen weiteren Anträgen der Kommunisten wird die Ausschußübermittlung abgelehnt. Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein. Zur Erledigung steht zunächst die zweite Beratung des vom Beamtenausschuß im Einvernehmen mit der Staatsregierung ausgearbeiteten neuen Disziplinargesetzes für die nichtrichterlichen Beamten Preußens.

Das Gesetz geht auf Urantträge der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zurück.

Der Gelegenheitswettbewerb wird nach kurzer Debatte in zweiter Lesung im wesentlichen nach den Ausschußbeschlüssen angenommen. Die dritte Lesung soll am Donnerstag stattfinden. Der Landtag befähigt dann eine Reihe von Ausschlußbeschlüssen.

Die Geschäftsberichte der staatlichen Bergwerksaktiengesellschaften werden durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Gegen 17.30 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr: Beratung des deutschnationalen Mißtrauensantrages gegen Finanzminister Kappeler.

## Die Reichsbahnfinanzen . . .

. . . vor dem Kaiser Sonderausschuß.

Berlin, 16. Dezember.

Die Vertreter der Reichsbahn und des Reichsverkehrsministeriums übergeben dem Ausschuss einen Bericht über den gesamten Haushalt der Reichsbahn, aus dem hervorgeht, wie sich ihre Lage infolge der Wirtschaftskrise und durch die eintreffenden Erparnismaßnahmen ergreifen wurden, um den weitgehenden Verpflichtungen nachzukommen. Reichsbahndirektor Dr. Homberger gab dazu noch verschiedene Erläuterungen und Zusätze.

Am die einzelnen Angaben noch näher zu prüfen und damit die Tragweite der Angelegenheiten freier kann, wurde weiter die ungeschönte Betrachtung der Reichsbahnverhältnisse kritisch vereint wurde, ist ein besonderer Untersuchung unter dem Vorsitz des schwebischen Mitglieds Dr. Rybsch eingeleitet worden, der bereits zumalmentrat.

Einem weiteren Untersuchung unter Vorsitz des holländers Colijn wurde die Aufgabe überwiehen, die Einzelheiten der deutschen Staatshaushaltsabrechnung, namentlich auch, was die nächstjährigen Voraussichten betrifft, zu überprüfen und damit die Möglichkeit zu unteruchen, ob auch hier durch weitere Erparnisse noch Tributzahlungen herausgewirtschaftet werden können. Auch dieser zweite Untersuchung nahm am Nachmittag seine Arbeiten auf.

Sämtliche Vertreter haben sich von der Unmöglichkeit überzeugen müssen, die deutschen Vermögens im Ausland und des deutsche Auslandkapital genau festzustellen. Außerdem wurde auch von französischer Seite gegeben, daß die Zinseneingänge hieraus bei den niedrigen Zinsätzen, namentlich der in den neutralen Ländern, für die Feststellung der Einkommen aus diesen Guthaben ziemlich unbedeutend sind.

## Zur Nachahmung empfohlen!

Arbeitsdienst statt Bürgersteuer.

Karlruhe, 16. Dezember.

Wie in früheren Zeiten in kleinen Gemeinden die Wegebauarbeiten im Frontdienst ausgeübt wurden, um das Gemeindegeld nicht zu sehr zu belasten, so sollen jetzt auch die Wege in Reichsbad-Einfingen in Baden auf ähnliche Weise in Ordnung gebracht werden. Wie jungen Leute von 16 Jahren an werden zu diesen Arbeiten aufgerufen. Sie erhalten dafür pro Mann und Tag eine Mark. Fahrten sind frei. Der Bürgerausschuß hat diesen weisen Beschluß gefaßt und das Bezirksamt hat ihn genehmigt.

Wer nicht mitmacht, zahlt pro Tag drei Mark und hat einen Vertreter zu stellen. Für hartnäckige Weigerung sind durch das Bezirksamt Strafen bis zu 50 RM vorgelesen. Auf diese Weise können im Laufe der Zeit alle Wege der Gemeinde billiger instandgesetzt werden. In den Schenker Bergkantonen ist das heute noch üblich und was in der reichen Schweiz recht ist, kann im armen Deutschland nur billig sein.

## Warnungszeichen.

Exportrückgang im November.

Berlin, 16. Dezember.

Im Monat November ist der deutsche Ausfuhrüberschuß von 383 Millionen RM im Oktober auf 256 Millionen RM gesunken. Unter Berücksichtigung der Tributnachlieferungen übersteigt der Wert der Ausfuhr den der Einfuhr nur noch um 267 Millionen RM gegenüber 396 Millionen RM im Oktober.

Die Ausfuhr ist von 866 Millionen RM im Oktober auf 788 Millionen RM im November zurückgegangen. Dazu kommen noch die Tributnachlieferungen im Werte von 11 Millionen RM gegenüber 13 Millionen RM im Vormonat. Die Einfuhr hat sich wertmäßig mit 482 Millionen RM gegenüber 483 Millionen RM im Oktober ungefähr gehalten; mengenmäßig ist sie um 4 v. H. gestiegen.

Von dem Rückgang der Ausfuhr dürfte rund ein Drittel auf jahreszeitliche Einflüsse zurückzuführen sein. Zwei Drittel der Ausfuhrabnahme sind zweifelslos als die ersten

Ausrichtungen der Abnahmeverwerungen anzusehen, die der deutschen Ausfuhr im Auslande bereitet werden. Insbesondere läßt sich bei der Ausfuhr hemmende Einfluß der zahlreichen Währungsentwertungen bereits deutlich erkennen.

## Stürmische Kammerführung.

Die Angst um das französische Kapital.

Paris, 16. Dezember.

Das Abkommen zwischen der Regierung und der Bank von Frankreich, nach dem der Staat der Bank die durch den Pfundsturz erlittenen Verluste in Höhe von 2,4 Milliarden Franken ersetzt, ist von der Kammer in einer sehr heftig rühmlichen Nachprüfung verabschiedet worden, nachdem das Kabinett die Vertrauensfrage gestellt hatte. Die Mehrheit des Kabinetts beträgt nur 33 Stimmen.

In der Aussprache forderte der ehemalige Landwirtschaftsminister Hennes, daß sich die Bank von Frankreich verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten ihre im Ausland investierten Kapitalien in französische Franken umzuwandeln. Die Bank von Frankreich verfuhr über 16 Milliarden Dollar, denen es einmal ebenbürtig gehen könnte, wie dem englischen Pfund.

## Frankreich zahlt keine Kriegsschuldenraie.

Der amerikanische Regierung wurde durch eine französische Note mitgeteilt, daß Frankreich in Anbetracht des Hooververtrages die fälligen Kriegsschuldenbetrag in Höhe von 19.610.000 Dollar nicht überwehrt.

## Hindenburg soll nach Amerika kommen.

Scharfe Kritik an der Europapolitik Hoovers.

Washington, 16. Dezember.

Im Repräsentantenhaus wurde bei der Beratung des Abgeordneten Collins den Präsidenten Hoover auf, daß der Präsident von Hindenburg sofort zu einem Besuch in Washington einladen.

Deutschland ist bisher von den Vereinigten Staaten „ebenbürtig“ behandelt worden. Falls Hindenburg nicht in der Lage sei, der Einladung Folge zu leisten, sollte er einen Vertreter entsenden.

Scharfe Kritik übte Collins daran, daß Hoover in der deutlichen Frage den französischen Standpunkt angenommen habe. Er wies darauf hin, daß Deutschland in der europäischen Politik die wichtigste Rolle spiele und der Mittelpunkt der Kreditkrise sei.

Mit bittern Worten wandte sich Collins dagegen, daß die Washingtoner Regierung den Deutschen nicht die gleiche Gelegenheit zur Darlegung ihres Standpunktes gegeben habe, wie den Franzosen. „Warum hat Hoover den deutschen Standpunkt zurückgewiesen, warum hat er das Vorhaben dieser edlen Nation, die 28 v. H. unserer Bevölkerung stellt, unbeachtet gelassen?“

## Erregung in der Weltwirtschaft.

Japans Abgehen vom Goldstandard.

Newyork, 16. Dezember.

Das „Writ“ colorchecker CLASSIC ist ein wichtiges Werkzeug für die Farbkontrolle in der Druckerei. Es besteht aus einer Reihe von farbigen Quadraten, die zur Überprüfung der Farbtöne verwendet werden können. Die Farbkarte ist in zwei Spalten unterteilt: die linke Spalte zeigt die Grundfarben (Blau, Grün, Gelb, Rot, Magenta, Schwarz) und die rechte Spalte zeigt die Hauttöne (von hell bis dunkel). Die Farbkarte ist mit dem Namen des Herstellers und dem Modellnamen beschriftet.

Nachdem Japan sich von dem Goldstandard abgewandt hat, ist dies eine wichtige Nachricht für die Weltwirtschaft. Japan ist ein großer Handelspartner und sein Abweichen vom Goldstandard könnte erhebliche Auswirkungen auf den internationalen Handel haben. Die Nachricht ist in den Medien und in den Finanzkreisen weit verbreitet.

600 Teilnehmer an der Sitzung der Parteizentrale, um die Haltung der chinesischen Vertreter in den Verhandlungen über die manchurische Frage dadurch auszurufen, daß sie das Aufnahmeministerium stürmen und demökteten.

Sie wandten sich hierauf zum Sitz der Parteizentrale, wo sie die Fenster scheitern einschlugen. Die zum Schutze bereitgestellten Polizei wurde von ihnen entworfen. Danach trugen sie zu einem Angriff gegen den Präsidenten der Provinzialregierung von Kwantung, Kichenningfu, der